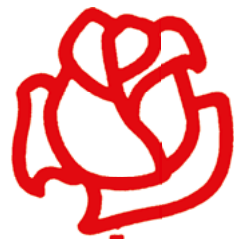


Monatsspiegel



April 2017



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Wechselstimmung

Die SPD ist im Aufwind. Es läuft erfreulich gut. Jetzt gilt es mit Entschlossenheit und Leidenschaft den Schwung der aktuellen Aufbruchsstimmung zu nutzen, um aus Stimmungen auch Stimmen zu machen: Für Martin Schulz als neuen Kanzler, für Natascha Kohnen an der Spitze der BayernSPD und für unsere Regierungsmehrheit in Erlangen mit OB Florian Janik bei den anstehenden Bürgerentscheiden zu „Bezahlbarem Wohnen“ und „Landesgartenschau“.

Politikwechsel mit Schulz

Es ist spürbar: Viele Bürgerinnen und Bürger wollen Veränderung – für mehr soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und ökologischen Fortschritt. Die SPD ist als relevante Herausforderin der Union wieder zurück auf dem politischen Parkett. Selbst ein Sieg gegen die vor kurzem noch für unschlagbar gehaltene Kanzlerin erscheint nicht mehr unmöglich.

Martin Schulz gelingt es gegenwärtig, die Hoffnungen ganz unterschiedlicher sozialkultureller Milieus zu bündeln. Der liberale und weltoffene Teil der

Gesellschaft hofft, dass mit dem überzeugten und erfahrenen Europäer Martin Schulz eine wirksame Brandmauer gegen den erstarkenden Rechtspopulismus und Nationalismus errichtet werden kann. In den eher traditionelleren und gewerkschaftlichen Milieus erhofft man sich von Schulz dagegen eher die Rückkehr zu einer Politik sozialer Balance, die Abstiegsängste ins Visier nimmt und wieder für ordentliche Lohn- und Rentenzuwächse sorgt.

Sicher ist: Martin Schulz setzt in der SPD und in der Gesellschaft neue Kräfte frei. Dieser Wechsel an der SPD-Spitze ist deshalb auch ein klares Signal dafür, dass wir die große Koalition nicht fortsetzen wollen. Und das sollten wir auch klar so sagen! Wir wollen nicht nur neue Mehrheiten. Wir brauchen auch einen Politikwechsel.

Wir brauchen eine „Resozialdemokratisierung“, eine SPD, die vor allem wieder den Fokus auf die sozialen Fragen legt. Die wachsende Ungleichheit, die schrumpfende Mittelschicht, die sinkende Chancengleichheit in unserem Land machen Populisten stark und

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



fördern die Distanz zwischen den Menschen und der etablierten Politik.

Wir sind dann erfolgreich, wenn wir uns der Themen annehmen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Die Sozialdemokratie hat immer von der Vision einer Gesellschaft gelebt, in der es allen Menschen – und nicht nur einigen wenigen – besser geht, also von der Idee der Gleichheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Und deshalb muss die SPD wieder die Partei werden, die die Kraft und den Willen hat, Reichtum für Umverteilung zu nutzen und Armut zu bekämpfen. Soziale Gerechtigkeit muss wieder zur Kernbotschaft der SPD werden.

Martin Schulz vermittelt bisher glaubwürdig den Eindruck, dass er wirklich verstanden hat, wie eine nachhaltige Renaissance der sozialdemo-

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

03.04.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
04.04.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
04.04.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
05.04.	19:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 17
05.04.	19:30	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 4
11.04.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	Olive	S. 19
11.04.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 21
11.04.	19:30	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 20
19.04.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 19
24.04.	15:00	60plus: Filmnachmittag	IG-Metall-Saal	S. 4
24.04.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
25.04.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
26.04.	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 21
08.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
09.05.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	Olive	S. 19
09.05.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 21
09.05.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
10.05.	19:00	60plus: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
15.05.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
18.05.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag geschlossen
 Dienstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag 10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführer: Patrick Rösch
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurler (kh), Dieter Rosner, Martina Stamm-Fibich

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

kratischen Idee von Solidarität und Gerechtigkeit gelingen kann: Indem man nämlich die zentralen Hoffnungen beider Milieublöcke, also der liberaleren wie der traditionelleren, gleichermaßen aufnimmt und in praktische Politik übersetzt.

Deshalb brauchen wir eine sozialdemokratische Politik der Zuversicht, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, die Weichen für mehr soziale Gerechtigkeit stellt und klar Position gegen Hass und Ausgrenzung bezieht!

Politikwechsel mit Kohnen

Auch auf der Landesebene kommt durch den Wechsel an der Spitze und die Kandidaturen für den Parteivorsitz belebender Schwung in die Diskussion um eine Neuausrichtung, den wir nutzen sollten, um uns geschlossen und erfolgreich neu zu positionieren. Meine Unterstützung gehört klar Natascha Kohnen.

Wir brauchen einen neuen politi-

schen Stil: Wir dürfen uns nicht an der Staatsregierung abarbeiten, sondern müssen unsere eigenen Ideen in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen Vertrauen gewinnen: In allem, was wir sagen und tun, müssen Menschen spüren, welche Werte und Überzeugungen dahinter stehen. Und wir müssen Antworten auf die zunehmend ungleiche Verteilung von Besitz, Einkommen und Chancen in Bayern geben.

Aufbruch organisieren

Ein Martin Schulz oder eine Natascha Kohnen allein sind keine Garantie für den erhofften Erfolg. Wir müssen alle mit anpacken, damit die aktuellen Stimmungen auch zu Stimmen werden, mit denen wir Mehrheiten gewinnen und dieses Land verändern und gerechter machen.

Es muss ein Ruck durch die Partei gehen. Der Erfolg kommt nicht von allein und vor allem: Der Erfolg bleibt nicht von allein. Wir müssen hart daran arbei-

ten. Und das geht alle an!

Wir müssen mit Überzeugung auf die Menschen zugehen, die hier in Erlangen leben und arbeiten, auf die Familien in den Stadtteilen, auf Jung und Alt, auf die Engagierten in den Gewerkschaften, in den Vereinen und Verbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir wollen die Zustimmung der Bevölkerung. Also haben die Bürgerinnen und Bürger auch ein Recht darauf, von uns zu erfahren, wer wir sind, was wir tun, was wir vorhaben. Unsere Aufgabe ist es, dabei offen und ehrlich zu sagen, wofür wir stehen, welche Interessen wir vertreten und warum wir diese Interessen vertreten. . So – und nur so – können wir wieder politische Mehrheiten organisieren.

In diesem Sinne geht es darum in den nächsten zwei, drei Jahren inhaltlich und organisatorisch Akzente zu setzen.

Macht mit – es lohnt sich.

Bürgerentscheide 2017: Wie ihr helfen könnt

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Kampagnen für die anstehenden Bürgerentscheide am 7. Mai haben begonnen. Jetzt sind wir auch auf eure Unterstützung angewiesen.

Infostände

Infostände für beide Kampagnen finden bis zum Entscheid immer Samstags statt. Standorte sind der Hugenottenplatz und die Nürnberger Straße vor dem P&C bzw. an der Martiussäule (gegenüberliegende Straßenseite, bei Brasserie und Cafe Bogarts). Am 22. April und dem 6. Mai entfällt jeweils leider der Infostand am Hugo, es wird dann voraussichtlich ein gemeinsamer Infostand stattfinden.

Für die Besetzung dieser Infostände werden viele Freiwillige benötigt. Dafür könnt ihr euch per Doodle eintragen. Für die Kampagne „Pro Landesgartenschau“ unter <http://doodle.com/poll/q5zw7c47bz7azaxs>, für die Kampagne zum bezahlbaren Wohnen unter <http://doodle.com/poll/hpzxxw6mkbcaz86q>

Für jene, denen das vielleicht nichts sagt: Das ist eine Online-Formular zur Terminfindung und sehr selbsterklärend. Einfach den Link der Kampagne

aufrufen, die man unterstützen will, den eigenen Namen eingeben, die Zeiten, zu denen man will mit „Ja“ markieren und auf „Speichern“ klicken. Menschen mit zeitlicher Flexibilität empfehlen wir, die Option „(Ja)“ zu verwenden. So weiß man, dass ihr im entsprechend markierten Zeitraum zur Verfügung steht. Gleiches gilt natürlich für jene, die nur „im Notfall“ die Zeit freischaufeln könnten.

Wenn ihr keine ganze „Schicht“ übernehmen könnt, könnt ihr unten unter „Kommentare“ eintragen, wie lange ihr bleiben könnt. Wenn es irgendwelche Probleme gibt, schreibt einfach eine E-Mail.

Hausverteilung

Die Hausverteilung für beide Entscheide findet in der 16. Kalenderwoche (18. bis 23. April, direkt nach Ostern) statt, gleichzeitig für beide Entscheide. Organisiert wird sie über die Distrikte. Falls ihr helfen könnt und noch keinen „Verteilbezirk“ habt, meldet euch daher bei eurem oder eurer Distriktvorsitzenden oder meldet euch im Parteibüro. Dort wird die

Information dann weitergegeben.

Plakatierung

Die erste Plakatierung hat bereits stattgefunden. Eine zweite wird in der zweiten Aprilhälfte erfolgen. Wenn ihr dabei



helfen könnt, meldet euch bitte im Parteibüro.

Außerdem könnt ihr uns helfen, die Plakatständer in Ordnung zu halten. Wenn euch ein beschädigtes Plakat auffällt, meldet euch bitte ebenfalls im Parteibüro.

Informationen

- Homepage „Allianz für bezahlbares Wohnen“: bezahlbares-wohnen-erlangen.de
- Homepage „PRO LGS 2024“: pro-lgs-er.de/

er.de/

- Facebook-Seite „Bündnis für bezahlbares Wohnen“: facebook.com/Buendnis-fuer-bezahlbares-Wohnen-Erlangen-1777536685897949/ (Facebook weigert sich gegenwärtig, diesen Link zu verkürzen)
- Facebook-Seite „PRO LGS 2024“: facebook.com/PROLGS2024/
Informationen zur Landesgartenschau, zum Beispiel die Bewerbungsbroschüre, findet ihr unter erlangen.de/landesgartenschau



Von der GEWOBAU gibt es zum Thema Wohnungsbau und Nachverdichtung eine hervorragende Internetseite, speziell auch über das gerade umstrittene Projekt im Anger: fair-wohnen-2022.de/johann-juergen-strasse.

Ebenfalls hat die GEWOBAU einen „Infopoint“ (d.h. einen Raum voller Schautafeln) eingerichtet, in dem man sich ganz analog über die Planungen im Anger informieren kann. Ihr findet ihn in der Äußeren Brucker Straße 84, geöffnet ist Dienstags von 17 bis 19, Freitags von 14 bis 16 und Samstags von 11 bis 13 Uhr.

Kontakt

Die beiden Kampagnen werden von Friedrich Mirle koordiniert. Ihr er-

reicht ihn grundsätzlich Montags bis Freitags von 10 bis 14 Uhr unter der Telefonnummer 09131-8126522 und per E-Mail über info@pro-lgs-er.de und info@bezahlbares-wohnen-erlangen.de.

Wir hoffen auf eure Unterstützung!
Dieter Rosner, Philipp Dees, Friedrich Mirle

60plus lädt wieder zu Filmnachmittag ein

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Erlanger SPD lädt auch im April zu einem Filmnachmittag ein. Gezeigt wird diesmal „Honig im Kopf“ (2014) Regie: Til Schweiger, mit Dieter Hallervorden, Emma Schweiger, Til Schweiger. Die 11-jährige Tilda liebt ihren Großvater Amandus über alles. Der erkrankt an Alzheimer, wird zunehmend vergesslicher und scheint sich zu Hause nicht mehr zurechtzufinden. Niko, der Sohn von Amandus hält es für das Beste, ihn in Betreuung zu geben. Doch Tilda will die Entscheidung nicht akzeptieren und entführt den Opa kurzerhand nach Venedig.

Zur Begrüßung gibt es Kaffee und Kuchen, im Anschluss ist Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei.

Termin: Montag, 24. April 2017, 15 Uhr, IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7

AK Wirtschaftspolitik

Liebe Genoss_innen,
der Wirtschaftspolitische Arbeitskreis trifft sich wieder am

Mittwoch, 5. April, 19:30 Uhr, August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Straße 5).

Wir wollen unsere Flyer zu den Steuermythen, die wir bei der vorherigen Bundestagswahl verteilt haben, aktualisieren und wollen uns das Rentensystem in Österreich genauer unter die Lupe nehmen. Zu dieser Sitzung laden Jusos und AG 60plus gemeinsam ein.

Solidarische Grüße
Munib

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im April Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

Wegen technischer Probleme können wir leider die „Geburtstagskinder“ in diesem Monat nicht namentlich aufzuführen. Wir gratulieren euch aber trotzdem herzlich und werden das in der nächsten Ausgabe nachholen.



Jahreshauptversammlung: Dieter Rosner einstimmig als Kreisvorsitzender bestätigt

Rückblick auf Erfolge – Vorbereitung auf kommende Herausforderungen

(kh) Was Martin Schulz beim Bundesparteitag erreichte, geht auch in Erlangen: Mit 100 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde Dieter Rosner auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung als Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Erlangen bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Sandra Radue und Dirk Goldenstein. In der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Kreisvorstandes gab es insgesamt nur geringfügige Änderungen: Als Referentin für Schriftführung wurde Franziska Herberger neu gewählt, nachdem ihre Vorgängerin Birgit Brod nicht mehr angetreten war. Als ReferentInnen wiedergewählt wurden Günter Laurer (Finanzen), Philipp Dees (Monatspiegel), Katrin Hurler (Presse/Öffentlichkeitsarbeit), Elizabeth Rossiter und Manfred Dohmstreich (beide Organisation).

Dem Kreisvorstand gehören weiterhin wie bisher Munib Agha (Friedensbeauftragter), Andreas Richter (Schulung und Arbeitskreise), Robert Thaler (Kommunalpolitik) sowie Grit Nickel (AusländerInnenbeauftragte) an. Gabi Dorn-Dohmstreich war als Referentin für ArbeitnehmerInnenfragen nicht mehr angetreten.

Im Rechenschaftsbericht erklärte Dieter Rosner in Hinblick auf die aktuelle politische Lage, dass die Partei durch die Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten neuen Aufwind erhalten habe. Das Kanzleramt erscheine nun für die SPD nicht mehr unerreichbar. Diese Euphorie spiegelte sich auch direkt in dem großen Stapel an Parteibüchern für Neumitglieder wieder, der bei der Jahreshauptversammlung auflag.

Das Ziel für die Bundestagswahl dürfe jedoch nun auf keinen Fall eine Neuaufgabe der Großen Koalition sein, sondern ein echter Politikwechsel. Die SPD müsse sich auf ihre Grundwerte Gerechtigkeit und Solidarität zurückbesinnen. Wichtig sei in diesen Zeiten zudem ein Eintreten für mehr Demokratie sowie entschiedenes Auftreten gegen Rassismus.

Der SPD-Kreisverband Erlangen kann in den letzten zwei Jahren auf drei große Erfolge zurückblicken. Zunächst das klare Ergebnis für die Stadt-Umland-Bahn beim

Bürgerentscheid im März letzten Jahres, wo die SPD die leitende Kraft in der Kampagne der „Allianz pro StUB“ war. Weiterhin das erfolgreiche Projekt „Auf die Plätze“, wo im Dialog mit den BürgerInnen Möglichkeiten zur Aufwertung verschiedener Plätze in Erlangen erarbeitet wurden. Und schließlich die Einführung der Stadtteilbeiräte, welche neue Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung vor Ort bieten.

Auf den Kreismitgliederversammlungen war zudem ein breites Themenspektrum abgedeckt worden: Neben mehreren Terminen zum Thema Wohnen beschäftigte sich der Kreisverband unter anderem mit CETA, der Flüchtlingspolitik sowie Rechtsextremismus.

Jedoch steht der Kreisverband auch vor Herausforderungen: So ist leider nur ein geringerer Teil der Mitgliedschaft für die inhaltlichen Diskussionen, zum Beispiel auf Kreismitgliederversammlungen, zu erreichen. Auch bei der Mobilisierung der Mitgliedschaft zur aktiven Mitarbeit und Unterstützung besteht noch Optimierungspotential. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlkämpfe ist die Steigerung der Kampagnenfähigkeit daher mit das wichtigste Ziel. So stehen bereits in den nächsten Wochen die Kampagnen zu den beiden Bürgerentscheiden zur Landesgartenschau sowie zum geplanten Bauprojekt der GEWOBAU im Anger an. Hier wirbt die SPD klar für ein Ja zur Landesgartenschau sowie zur Schaffung von Sozialwohnungen im Anger, was in beiden Fällen jeweils ein NEIN beim Entscheid bedeutet. Im Herbst steht dann schon die Bundestagswahl an, gefolgt von der Landtagswahl 2018.

Direkt im Anschluss an die Bürgerentscheide am 7. Mai hat sich die Partei das Projekt „Halbzeitbilanz“ vorgenommen. Hierbei soll eine Broschüre, welche die bisher umgesetzten Wahlversprechen der SPD-Stadtratsfraktion darstellt, möglichst flächendeckend im Stadtgebiet verteilt werden. Weiterhin soll in den nächsten Jahren über eine Organisationsreform die Arbeit des Kreisverbands effizienter gestaltet werden.

Die stellvertretende Vorsitzende Sandra Radue ging im Gleichstellungsbericht (siehe auch Seite 8ff) darauf ein, dass

gerade für Frauen, die bereits einer Doppelbelastung durch Familie und Beruf ausgesetzt seien, ein zusätzliches ehrenamtliches Engagement sehr schwierig sei. Der Frauenanteil der Erlanger SPD habe sich in den letzten Jahren zwar leicht erhöht, liege jedoch nach wie vor noch eher bei einem Drittel als bei den angestrebten 50 Prozent. Hier sei noch viel zu tun. Eine eigenständige AsF-Arbeit würde zur Zeit kaum erfolgen, da die meisten aktiven Frauen schon in einer oder auch mehreren anderen Funktionen eingebunden sind und es insgesamt noch zu wenige Frauen in der Partei gibt.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl sei es entscheidend, die Themen, die Frauen betreffen – wie die bestehende Lohn- und Rentengerechtigkeit – deutlich einzubringen. Zudem müsse man prominenten Frauen verstärkt ein Gesicht geben. Die anstehende Urwahl für den Landesvorsitz der BayernSPD böte hier mit der Kandidatur von Natascha Kohlen eine Chance.

Erfreulich sei jedenfalls, dass die Erlanger Stadtratsfraktion mehrheitlich weiblich besetzt ist und mit Barbara Pfister auch eine starke Frau den Fraktionsvorsitz innehat. Wünschenswert wäre als Ziel für das kommende Jahr eine Veranstaltung zu einem gleichstellungspolitischen Thema.

Oberbürgermeister Florian Janik bedankte sich bei der Partei für die Unterstützung und erklärte, dass in den letzten Jahren in Erlangen sehr viel bewegt worden sei. Als größte sozialpolitische Herausforderung in der Stadt betrachtet er das Thema Wohnen. Auch die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister bedankte sich für die Anregungen aus der Partei an die Fraktion, insbesondere auch von den Distrikten.

Insgesamt kann der Kreisverband auf zwei durchaus erfolgreiche Jahre zurückbringen. Durch die weitgehende Kontinuität im Vorstand ist der Kreisverband gut aufgestellt für die Herausforderungen der kommenden Wochen und Monate. Jedoch ist der Vorstand zur erfolgreichen Umsetzung der geplanten Projekte auf eine rege Beteiligung der Mitgliedschaft angewiesen. Ihr habt es also alle in der Hand, ob wir in zwei Jahren wieder auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken dürfen!

Wahlergebnisse der Jahreshauptversammlung

Geschäftsführender Kreisvorstand:

Dieter Rosner (Vorsitzender), Dirk Goldenstein (stellvertretender Vorsitzender), Sandra Radue (stellvertretende Vorsitzende), Philipp Dees (Monatsspiegel), Manfred Dohmstreich (Organisation), Franziska Herberger (Schriftführung), Katrin Hurle (Öffentlichkeitsarbeit), Günter Laurer (Finanzen), Elizabeth Rossiter (Organisation)

Referentinnen, Referenten und Beauftragte im Kreisvorstand

Munib Agha (Frieden), Grit Nickel (Ausländerinnen und Ausländer, Integration), Andreas Richter (Schulung und Arbeitskreise), Robert Thaler (Kommunalpolitik)

Vertreterinnen und Vertreter der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand

Gerhard Carl (Dechsendorf), Monika Fath-Kelling (Innenstadt), Gabriele Greif-Capell (Anger-Bruck), Volker Lang

(Innenstadt), Ursula Lanig (Dechsendorf), Friedrich Mirle (Jusos), Martin Müller (Anger-Bruck), Johanna Pfister (Jusos), Sandra Radue (Ost), Patrick Rösch (Ost), Elizabeth Rossiter (Frauenaurach), Jens Schäfer (Frauenaurach)

Revision

Gerd Peters, Magdalena Zoglauer

Delegierter zum Bundesparteitag

Munib Agha – Vorschlag an Unterbezirks- und Bezirksparteitag

Delegierte zum Landesparteitag

Dieter Rosner, Katrin Hurle, Munib Agha (Ersatz), Franziska Madlo Thiess (Ersatz) – Vorschlag an den Unterbezirksparteitag

Delegierte zum kleinen Landesparteitag

Munib Agha, Franziska Madlo-Thiess (Ersatz) – Vorschlag an Unterbezirks- und Bezirksparteitag

Delegierte zum Bezirksparteitag

Munib Agha, Gisela Niclas, Barbara Pfister, Sandra Radue und Dieter Rosner, Katrin Hurle (Ersatz 1), Franziska Madlo-Thiess (Ersatz 2), Patrick Rösch (Ersatz 3), Friedrich Mirle (Ersatz 4)

Delegierte zum Unterbezirksparteitag

Munib Agha, Helmut Aichele, Anette Christian, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Dirk Goldenstein, Franziska Herberger, Clemens Heydenreich, Katrin Hurle, Florian Janik, Volker Lang, Franziska Madlo-Thiess, Friedrich Mirle, Martin Müller, Grit Nickel, Gisela Niclas, Barbara Pfister, Johanna Pfister, Sandra Radue, Andreas Richter, Patrick Rösch, Dieter Rosner, Jens Schäfer, Matthias Schmid, Felizitas Traub-Eichhorn, Gertrud Reich-Schowalter (Ersatz 1), Robert Thaler (Ersatz 2), Marina Geißler (Ersatz 3), Gerhard Carl (Ersatz 4), Tom Bothe (Ersatz 5), Tobias Körber (Ersatz 6), Peter Schmidt (Ersatz 7), Alex Schmid (Ersatz 8).

Mitgliederbefragung für den Landesvorsitz

Für die Bestimmung des oder der nächsten Landesvorsitzenden führt die bayerische SPD eine Mitgliederbefragung durch. Dazu haben wir euch hier einige Informationen zusammengestellt.

Kandidatinnen und Kandidaten

Es bewerben sich (im Bild von links nach rechts jeweils erst oben, dann unten): Uli Aschenbrenner, Klaus Barthel MdB, Florian von Brunn MdL, Markus Käser, Natascha Kohnen MdL, Gregor Tschung.

Alle werden in der April Ausgabe des Vorwärts vorgestellt. Vorstellungen findet ihr auch unter bayernspd.de/mitgliederbefragung/

Vorstellungskonferenzen

Die Vorstellungskonferenz für Mittelfranken hat bereits im März stattgefunden. Ihr findet jedoch das komplette Video dieser Konferenz auf YouTube (Kanal der BayernSPD, direkter Link: youtu.be.com/watch?v=4tqYxptNK9k)

Ablauf

Wahlberechtigt sind alle Genossinnen

und Genossen, die bis zum 3. April 2017 ihren Beitritt erklärt haben.

Die Wahl selbst findet per Briefwahl statt. Die Wahlunterlagen werden am 3. April 2017 per Post versandt und müssen spätestens am 11. Mai 2017 um 24:00 Uhr beim Landesverband eingegangen sein.

Ihr erhaltet mit dem Wahlunterlagen einen Stimmzettel, auf dem ihr eine Kandidatin oder einen Kandidaten oder „Enthaltung“ ankreuzt. Diesen Stimmzettel steckt ihr dann in den dafür vorgesehenen Umschlag und verschließt diesen. Anschließend füllt ihr die eidesstattliche Erklärung aus und unterschreibt diese. Den Umschlag mit eurem Stimmzettel und die eidesstattliche Erklärung steckt ihr dann in den beschrifteten Briefumschlag, verschließt diesen und werft ihn rechtzeitig – am Besten spätestens am 8. Mai – in einen Briefkasten ein.

Wahlergebnis

Das Wahlergebnis wird voraussichtlich



am 12. Mai verkündet.

Erreicht eine Bewerberin oder ein Bewerber mehr als 50 Prozent der Stimmen, so wird allein er oder sie dem Landesparteitag in Schweinfurt vorgeschlagen, der formal wählen muss. Erreicht keine Bewerberin und kein Bewerber die 50 Prozent, wählt der Landesparteitag zwischen den beiden Bewerbern bzw. Bewerberinnen mit der höchsten Stimmenzahl.

Das Votum der Mitgliederbefragung ist gültig, wenn eine Beteiligung von 20 Prozent überschritten wird.

Gut besuchter Frauenempfang 2017

(sr) Der Wassersaal der Orangerie war voll besetzt und einige Gäste fanden keinen Sitzplatz mehr. So vielen Frauen – und auch einige Männer – waren gekommen, um gemeinsam mit dem Unterbezirk der SPD Erlangen den Internationalen Frauentag zu feiern. Vor allem die sympathische Hauptrednerin Natascha Kohnen hatte viele motiviert, am 5. März zu dieser Veranstaltung zu kommen.

In ihrer engagierten Rede stellte Natascha natürlich die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt. Hier brachte sie auch ihre persönlichen Erfahrungen ein. Als große Ungerechtigkeit nannte sie den immer noch bestehenden Unterschied bei der Bezahlung von männlicher und weiblicher Arbeit. Mit ihrer Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erntete die Landtagsabgeordnete viel Applaus. Auch kritisierte sie den immer noch sehr geringen Anteil weiblicher Führungskräfte sowohl in der Privatwirtschaft als auch in anderen wissenschaftlichen Bereichen. So ist auch der Anteil an Professorinnen trotz der sehr guten Studienabschlüssen von Frauen immer

noch im einstelligen Bereich.

Das Verbot von Kinderehen, das durch einen Gesetzentwurf auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden soll, erntete ebenfalls großen Beifall des Publikums. Hier machte Natascha aber eindrücklich deutlich, dass mit einfachen Parolen mit der SPD keine Politik zu machen ist. Die Problematik sei kompliziert und man müsse hier genau hinsehen, um Frauen und aus solchen Ehen bereits hervor-

den zahlreichen Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der Gleichstellung der Frau. Die Bezirksrätin Gisela Niclas machte deutlich, dass die kommunale Initiative zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vor allem Frauen nütze. So könnten viele Frauen, die vor häuslicher Gewalt ins Frauenhaus zögen, die-



gegangene Kinder sozial abzusichern.

Die sehr kompetente und mit vielen persönlichen Erfahrungen angereicherte Rede der jetzigen Generalsekretärin kam bei den vorwiegend weiblichen Zuhörern sehr gut an. Die 49-jährige Biologin bewirbt sich bekanntlich um den Vorsitz der Bayern SPD. Die Abstimmung darüber wird in einer Mitgliederbefragung vorbereitet.

Abgerundet wurde Nataschas Auftritt von Beiträgen der lokalen Politikerinnen. Die Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich berichtete eingangs von

ses nicht zeitnah verlassen, weil keine Wohnungen für sie bereit stünden. Da Alleinerziehende oft nur über ein geringes Einkommen verfügten, würde auch diese Klientel dringen Wohnraum benötigt. Aber auch Seniorinnen, die mit ihrer oft sehr viel geringeren Rente schlechter auf dem Wohnungsmarkt gestellt seien und deren Bedarf oft auch im Bereich der barrierefreien Unterkunft liege, würden in hohem Maße davon profitieren, dass in Erlangen mit Hilfe der GeWoBau, aber auch von anderen Trägern, in hohem Maße investiert wird. Daher bat sie die Anwesenden um die „Nein“-Stimme beim Bürgerentscheid am 7. Mai, der den Abriss von sieben älteren Häusern in der Johann-Jürgen-Straße und den Bau von etwa 90 neuen, sozial geförderten Wohnungen verhindern will.

Im Anschluss an den sehr informativen und heiteren Vormittag gab es die Möglichkeit bei einem Stehimbiss miteinander ins Gespräch zu kommen, was viele der Anwesenden rege nutzten. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von den Swinging Klezmen, die ihr musikalisches Programm mit einem Klassiker der Frauenbewegung beendeten, den sie extra für diesen Anlass eingeübt hatten: Brot und Rosen.



Distrikt Ost stellt sich neu auf

(sr) Die Mitgliederversammlung der SPD Ost wählte den Erlanger Stadtrat Munib Agha zu ihrem Vorsitzenden, der seit 2014 auch Sprecher für Haushalt und Finanzen der SPD-Fraktion ist. Der bisherige Vorsitzende Sven Nottebohm stand nicht mehr zur Verfügung, da er wegen Umzug nicht mehr im Distrikt wohnhaft ist. Ihm vielen Dank für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit!

Das kommende Amtsjahr steht ganz im Zeichen der Bundestags- und Landtagswahl sowie der Kommunalwahlen. Munib Agha sagt dazu: „Mein Ziel ist es, den Dialog weiter zu fördern und Leute da abzuholen, wo sie uns wirklich brauchen!“ Dabei sollen in einem ersten Schritt verstärkt die Menschen im Stadtteil kontaktiert werden.

Den Vorstand komplettieren wie schon vorher die Stadträtin Sandra Radue sowie Dr. Christofer Zwanzig (Kassier) und neu jetzt Katharina Ullmann

als Schriftführerin und Patrick Rösch (Stellvertretung). Die Vertretung im Kreisvorstand übernimmt Patrick Rösch zusammen mit Sandra Radue. Felix Wosnitzka und Frank-Lotthar Krawolitzki wurden für die Revision gewählt.

Aktiv will sich der Vorstand nun bis zum 7. Mai bei den beiden Bürgerbegehren zu den Themen Landesgartenschau und Bezahlbares Wohnen einbringen. Danach steht die kommunalpolitische Halbzeitbilanz an. Angedacht ist es, ein „Stadtratscafé“ ähnlich wie im Anger zu initiieren. Hier können die Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in einem niederschweligen Angebot aufgenommen werden.

Auch im Bundestagswahlkampf will



Patrick Rösch, Munib Agha und Sandra Radue

sich der Vorstand aktiv um Veranstaltungen im Stadtosten bemühen. Zudem soll inhaltlich am Wahlprogramm mitgearbeitet werden.

Gleichstellungsbericht 2017

Liebe Genossinnen und Genossen, viele von Euch waren auch anlässlich der Veranstaltung des Unterbezirks zum Internationalen Frauentag in der Orangerie, um unsere Hauptrednerin Natasha Kohnen zu hören.

Ein Zitat, dass sie an das Ende ihrer Rede gestellt hat, ist mir eindrücklich im Gedächtnis geblieben. Es stammt von Michelle Bachelet, der Präsidentin Chiles: „Wenn eine Frau in die Politik geht, verändert sich die Frau. Wenn viele Frauen in die Politik gehen, verändert sich die Politik.“

Dieser Satz sagt für mich viel darüber aus, warum es für unsere Partei wichtig ist, dass wir Frauen ermuntern, sich politisch zu betätigen. Wir wollen Politik weiblicher machen. Nicht, weil wir Männer diskriminieren wollen. Sondern weil wir davon überzeugt sind, dass das für alle Menschen in unserem Land zu einer gerechteren Gesellschaft führt. Ich zitiere hier gerne unser Berliner Programm:

„Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer. Sie deformiert bei-

de, entfremdet beide einander. Diese Spaltung wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an. Der rechtlichen Gleichstellung muss die gesellschaftliche folgen. Dies bedeutet nicht die Integration der Frau in eine Männerwelt, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft. [...] Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ (Berliner Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands)

Liebe Genossinnen und Genossen, der Gleichstellungsbericht befasst sich wie in jedem Jahr mit der Frage, wie es bei uns mit der Gleichstellung von Männern und Frauen aussieht, was wir dafür getan haben, dass sich die Gesellschaft von einer männlich dominierten zu einer menschlicheren weiterentwickeln und was wir in Zukunft tun wollen, um diesem Ziel näher zu kommen.

Kommen wir als erstes zu den nackten Zahlen. Glücklicherweise konnten wir den positiven Trend der letzten Jahre aufrechterhalten, was den Frauenanteil bei unseren Mitgliedern im Kreisver-

■ **Von Sandra Radue**

Stellvertretende Kreisvorsitzende



band angeht. Hatten wir 2013 noch 34,5 Prozent weibliche Mitglieder, konnten wir seitdem immer leichte Anstiege verzeichnen. Zum 1. März 2017 hatten wir nun einen Anteil von 36,7 Prozent, das sind 178 Frauen zu 307 Männern bei insgesamt 485 Mitgliedern.

Wir hoffen sehr, dass wir diesen Trend fortsetzen können. Ich erhoffe mir, dass wir durch die Themen, die im Wahlprogramm stehen werden, vor allem auch Frauen ansprechen können.

Hoffnungsvoll stimmt mich hier einiges, was Martin Schulz in seiner Rede auf dem außerordentlichen Parteitag angesprochen hat. Allen voran die Aussage, dass an einem Vorschlag für einen Gesetzentwurf zur Familienarbeitszeit mit Manuela Schwesig gearbeitet wird. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als Manuela Schwesig 2014 diese Idee erstmals in die politische Diskussion

einbrachte und keinen Rückhalt in der Parteiführung fand. Damals war ich sehr enttäuscht. Gerade in der sogenannten „Rushhour des Lebens“, wenn in Familien sowohl die Betreuung der Kinder als auch die berufliche Karriere und zum Teil noch die Pflege von älteren Angehörigen zur gleichen Zeit ansteht, sind es immer wieder die Frauen, die beruflich kürzer treten, um dieser Belastung gerecht zu werden. Männer werden immer noch als Versorger angesehen und intensivieren in dieser Zeit eher die beruflichen Anstrengungen. Das bedeutet kurz gesagt: Die Männer machen Karriere, die Frauen kümmern sich um die Reproduktionsarbeit. Dass sich diese Geschlechterrollen immer noch nicht überholt haben, führt auch dazu, dass Frauen stärker von Altersarmut betroffen sind – sie haben ja weniger in die Rentenkassen eingezahlt – und wenn Trennungen anstehen, bleiben die Kinder bei der – dann alleinerziehenden – Mutter und das Armutsrisiko steigt massiv.

Wie die Familienarbeitszeit konkret ausgestaltet wird, wird auch mit in unserer Hand liegen. Ich denke, ein finanzieller Anreiz von 300 Euro im Monat, wie es momentan angedacht ist, reicht

nicht aus, um hier ein grundlegendes Umdenken zu erreichen. Wir wollen uns hier intensiv in die Programmarbeit einbringen.

Aber auch ein anderes Thema wird von Manuela Schwesig immer wieder thematisiert und hat auch in der Rede von Martin Schulz eine prominente Platz eingenommen: Die Tatsache, dass Frauen immer noch weniger Geld für die gleiche Arbeit bekommen ist eine große Ungerechtigkeit. Das müssen wir unbedingt angehen und dies sollte auch im Bundestagswahlkampf ein wichtiges Thema sein. Auch Natascha Kohlen hat sich am Frauentag hier ausführlich geäußert. Ich werde es daher dabei belassen und diese Thema nicht ausführlicher darlegen.

Es ist auf jeden Fall erfreulich zu sehen, dass eine sozialdemokratische Ministerin endlich wieder die Interessen von Frauen in den Vordergrund stellt, nachdem ihre Vorgängerin Kristina Schröder vor allem durch das (auch Herdprämie genannte) Betreuungsgeld im Gedächtnis bleiben wird. Ein erfreulicher Gegenpol ist hier unsere Ministerin, die mit großer Beharrlichkeit und Engagement für die Ziele der Gleichstellung kämpft.

Aber auch unsere Ministerinnen in anderen Ressorts können sich sehen lassen. Mit der großartigen Arbeit, die Manuela Schwesig, Andrea Nahles, Barbara Hendricks und neuerdings Brigitte Zypries leisten, stellen sie positive Vorbilder für Frauen dar. Dies ist ein wichtiger Punkt: Dass Frauen in der Politik sichtbar sind und ihre Kompetenz beweisen. Das zeigen wir auch immer mehr mit kompetenten Ministerpräsidentinnen, sei es Hannelore Kraft in NRW, Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz und künftig Anke Rehlinger im Saarland.

Sehr erfreulich auch, dass in Bayern mit Natascha Kohlen nun eine Frau für den Landesvorsitz kandidiert und auch damit die Politik ein weibliches Gesicht bekommt.

Auch in Erlangen gehen wir hier mit sehr gutem Beispiel voran. Unsere Abgeordneten in Bund, Land, Bezirk und auch unsere Betreuungsabgeordnete für Europa sind zu 100 Prozent weiblich. Mein Dank geht daher an dieser Stelle an Martina Stamm-Fibich, Alexandra Hiersemann, Gisela Niclas und Kerstin Westphal.

In der Stadtratsfraktion beweisen von 16 Mitgliedern folgende Frauen ihre Kompetenz: Christine Bauer, Anette

Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle
Herzogenaurach – Haydnstraße

**Bankwechsel¹ ist einfach.
Kommen Sie jetzt zu uns!**

sparkasse-erlangen.de

Jetzt auch mit
paydirekt

**direkt GIRO – das kostenlose²
Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches
und sicheres Online- und Mobile-Banking
via PC, Tablet und Smartphone-App.**

Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter
Telefon 09131 824-500 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

¹ Gemäß Zahlungskontengesetz sind alle Banken verpflichtet, Ihren Kontowechsel innerhalb von 10 bis 12 Tagen ab Beauftragung für Sie abzuwickeln.
² Entgelte für Online-Banking: chipTAN-Generator einmalig 16,09 € inkl. Versand; smsTAN 0,09 € und pushTAN 0,04 € pro Benachrichtigung. Stand: 02/2017

Christian, Birgit Hartwig, Ursula Lanig, Gisela Niclas, Felizitas Traub-Eichhorn, unsere neue Referentin Anna Steinert-Neuwirth, ich selbst und natürlich die Spitze der Fraktion, unsere liebe Barbara Pfister. Damit sind wir mit 9:8 sogar über der Quote von 50 Prozent.

Durch die Einführung der Stadtteilbeiräte wollen wir die Hürde, sich politisch zu engagieren, zudem noch verkleinern. Wir hoffen sehr, dass wir durch dieses sehr stadtteilbezogene Angebot der Mitbestimmung noch mehr Frauen ansprechen, da sich in Untersuchungen gezeigt hat, dass sich Frauen vor allem in ihrem direkten Lebensumfeld engagieren.

Mit unserer Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum helfen wir indirekt auch Frauen, denn es hat sich gezeigt: Besonders schwer auf dem Wohnungsmarkt habe es alleinerziehende Mütter, zum Teil auch Frauen, die die gemeinsame Wohnung aufgrund

häuslicher Gewalt verlassen müssen. Aber auch barrierefreies Wohnen im Alter ist für Frauen mit ihrer weit geringeren Rente Mangelware. Bitte unterstützt uns hier beim Bürgerentscheid am 7. Mai und davor bei den Veranstaltungen, Plakatierungen und Infoständen.

Dies sind nur zwei wichtige Anliegen, die wir in der Stadt auf den Weg gebracht haben, viele mehr wären aufzuzählen, diese könnt ihr aber auch regelmäßig dem Rathaustelegramm entnehmen.

Lasst uns nun zum Ende aber auch kritisch auf den Zustand der Partei sehen. Wir wählen heute einen Vorstand, der quotiert sein wird, trotzdem ist im Bereich Frauenpolitik im letzten Jahr wenig gelaufen. Viele unserer aktiven Mitglieder sind mehrfach belastet, eine aktive AsF-Arbeit findet daher leider nur begrenzt statt. Es gab keine Veranstaltung, die sich gezielt um gleichstel-

lungspolitische Themen bemüht hat. Hier müssen wir uns für das kommende Jahr mehr anstrengen. Der Unterbezirk beweist es ja mit seiner jährlich immer sehr gut besuchten Veranstaltung zum Frauentag, dass durchaus Interesse an weiblichen Referentinnen und frauenpolitischen Themen besteht. Hier werden Frauen weit über die Partei hinaus erreicht, die für uns wichtige Bündnispartner im Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter sind. Auch wenn uns ein sehr intensives Jahr bevor steht, mit Bürgerentscheiden, der Halbzeitbilanz auf kommunalpolitischer Ebene und der Bundestagswahl, sollten wir diese Anlässe nutzen, frauenpolitisch Profil zu zeigen. Denn bei allen Themen sind Frauen oft in besonderem Maß betroffen. Lasst uns daher gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Miteinander gerechter, solidarischer, demokratischer wird. Und sich von einer männlich dominierten zu einer menschlicheren Gesellschaft verändert.

Die Bürgerversicherung bleibt unser Ziel!

Derzeit sind etwa 70 Millionen in Deutschland Menschen gesetzlich und neun Millionen privat krankenversichert. Fast die Hälfte der Privat-Versicherten sind Beamte. Das deutsche duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist einmalig. Kein anderes Land lässt zwei völlig unterschiedliche Systeme einer Krankenvollversicherung zu.

Für viele Versicherte gibt es keine Wahlfreiheit. Betroffen sind vor allem Beamte, die in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) den vollen Versicherungsbeitrag zu zahlen hätten. Für Selbständige ist die GKV vielfach zu unattraktiv. Die Kassen arbeiten mit einer Mindestbemessungsgrenze von derzeit 2.231 Euro im Monat, bei der ein fiktives Monatseinkommen vorausgesetzt wird. Rund die Hälfte der Selbständigen verdient aber weniger. Die Vergütungsunterschiede für Ärzte und die entstehenden Anreize zur Selektion -sind ein großes Gerechtigkeitsdefizit.

Um die steigenden Kosten des demografischen Wandels aufzufangen, verfolgen GKV und PKV verschiedene Ansätze. Während die gesetzlichen Kassen die laufenden Kosten auf die Kunden verteilen, bilden die privaten Versiche-

rer Rücklagen.

Der Beitragsatz der GKV beträgt aktuell 14,6 Prozent und wird zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Allerdings tragen Arbeitnehmer die Zusatzbeiträge von derzeit durchschnittlich 1,1 Prozent alleine. Seit 2004 werden die Beiträge nicht mehr paritätisch finanziert. Verbeitragt werden bislang ausschließlich Löhne und Renten. Der GKV-Spitzenverband schätzt, dass im Jahr 2019 wegen des demografischen Wandels, dem medizinisch-technischen Fortschritt und Leistungsausweitungen ein Zusatzbeitrag von 1,4 bis 1,8 Prozent erwartet wird.

Die Beitragsschulden der Versicherten verschärfen sich zusehends. In der GKV sind sie auf 4,48 Milliarden Euro im Jahr 2015 angewachsen. Das Bundesversicherungsamt kommt für 2016 auf 5,02 Milliarden Euro. Das ist einer Vervielfachung zum Jahr 2011. Auch die PKV steckt aufgrund fehlender Zinserträge auf den Kapitalmärkten in einer Krise. 2017 haben viele Versicherte ihre Beiträge um zehn bis zwölf Prozent erhöht. Obwohl im seit August 2013 geltenden Beitragsschuldengesetz für bestimmte Versichertengruppen der Erlass bzw. die Ermäßigung von Beitragsschulden so-

■ **Von Martina Stamm-Fibich**
Bundestagsabgeordnete



wie ein reduzierter Säumniszuschlag vorgesehen ist.

Trotz gesetzlicher Versicherungspflicht können sich in Deutschland rund 80.000 Menschen keine Krankenversicherung leisten. Die Dunkelziffer ist vermutlich deutlich höher. Hinzu kommen Tausende nicht-versicherte EU-Bürger und bis zu einer halben Million Menschen, die in Deutschland in der Illegalität leben.

Bei den Privatversicherten sind bereits 75.000 Menschen im Standard- oder Basisstarif versichert, weil sie sich die normalen Beiträge nicht mehr leisten können. Im Notlagentarif, der für 102 Euro im Monat eine Notfallversorgung sichert, sind bereits 116.000 Menschen registriert. Tendenz steigend.

Um den Kollaps des Gesundheitssystems zu vermeiden, ist für die SPD die Bürgerversicherung als solidarische Krankenversicherung die einzige praktikable Lösung. Würde für Beamte dieselbe gesetzliche Krankenversicherung gelten

wie für Arbeitnehmer, könnten die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen bis zum Jahr 2030 um 60 Milliarden Euro entlastet werden.

Bereits seit dem Jahr 2004 verfolgt die SPD das Ziel einer Bürgerversicherung. Zentrale Vorgaben für die Finanzierung der Bürgerversicherung sind für uns:

- Alle zahlen ein, also auch Beamt_innen und Selbstständige. Und von jedem Einkommen werden Beiträge bezahlt.
- Keine Risikoselektion aufgrund von Morbidität. Jeder wird zu den gleichen Bedingungen versichert und erhält die gleichen Leistungen, die für alle Ärzte und Heilberufe gleichermaßen vergütet werden.
- Aufhebung der Auslese entsprechend Verdienst und Status. Gutverdiener sollen sich nicht mehr aus Solidargemeinschaft verabschieden können. Beamte und Selbstständige sollen zu einem fairen Beitrag in die Bürgerversicherung wechseln können.

Eine Expertenrunde der Friedrich-Ebert-Stiftung hat folgende fünf Elemente für den Weg in eine Bürgerversicherung formuliert, die „nachhaltig die Versorgung verbessern, die Solidarität im Gesundheitswesen stärken, zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit führen und ein Krankenversicherungssystem mit freier Krankenkassenwahl für alle Bürger_innen ermöglichen“ sollen.

1. Die Krankenversicherung wird paritätisch finanziert. Arbeitgeber_innen bzw. die Rentenversicherung zahlen wieder zur Hälfte die Krankenversicherungsbeiträge. Der Deckel bei den eingefrorenen Arbeitgeberbeiträgen wird aufgehoben. Der Zusatzbeitrag, der für Arbeitnehmer_innen bis 2020 nach unterschiedlichen Berechnungen auf über 2 Prozentpunkte ansteigen würde, entfällt.
2. Alle Einkommensarten werden beitragspflichtig. Neben Arbeitseinkommen und Renten werden auch auf andere Einkommen wie Kapitaleinkünften Beiträge für die Krankenversicherung erhoben.
3. Die Beitragsbemessungsgrenze wird zumindest auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht. Das bringt eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen und würde eine Leistungsausweitung für alle Versicherten ermöglichen. Sehhilfen, Hörgeräte oder Zahnersatz könnten wieder als Sachleistung in den Leis-

tungskatalog der GKV aufgenommen werden.

4. Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung von gesetzlich Versicherten und privat Versicherten werden aufgehoben. Beide Vergütungsordnungen werden zusammengeführt. Übergangslösungen sind denkbar, die u.a. davon abhängen, ob es z.B. eine befristete Wechselmöglichkeit für PKV-Mitglieder in die GKV geben

Erst dann können auch Beamt_innen die Krankenversicherung wählen.

Uns ist klar, dass eine Umsetzung weit mehr als eine Legislatur dauert und dringend dauerhafte Mehrheiten im Bundestag benötigt werden. Die Niederländer haben den Umstieg in eine einheitliche Krankenversicherung über 20 Jahre vorbereitet

Es ist an der Zeit, dass die ideologischen Scheuklappen abgenommen



Foto: editorial247.com

soll. Wir brauchen ein einheitliches System, das Fehlanreize beseitigt und eine Bezahlung nicht vom Versichererstatus abhängig macht.

5. Alle müssen ihre Krankenversicherung wählen können. Auch den Beamt_innen bei Bund, Land und Kommunen muss ein Beitragszuschuss des Arbeitgebers nach § 257 SGB V zustehen. Ihnen muss alternativ zu den Beihilfeansprüchen im Krankheitsfall ein Anspruch auf Arbeitgeberzuschuss eingeräumt werden.

werden und das Projekt Bürgerversicherung auf den Weg gebracht wird. Schließlich offenbart die Debatte, wer vom weltweit einzigartigen Nebeneinander von GKV und PKV profitiert: Ärzte und Versicherte.

Und wer dafür zahlt: Steuerzahler, gesetzlich Versicherte und Unternehmen. Kann und will die SPD nach der Bundestagswahl 2017 in eine Regierungskoalition, muss der Weg in eine Bürgerversicherung vertraglich vereinbart sein.

Aus dem Bauch gesprochen:

Litanei und Fürbitte in der Politik

Anliegenlitanei, bestehend aus Fürbitten in aktuellen Anliegen und einer Art Mantra. Dieses gleichbleibende Element im Wechselgesang mit der Fürbitte geben der Litanei einen „meditativen Charakter“.

Beim Aufeinandertreffen politisch engagierter Bürger und „verantwortlicher“ Politiker ergeben sich oft litaneiartige Rituale.

1. „Seht her, ich bin auf eurer Seite“ eröffnet die Politik, stellt klar, dass die Partei – genau wie die gastgebende

■ Von Monika Fath-Kelling



Bürgerinitiative – GEGEN etwas ist. Beispielsweise Fracking, Autobahnprivatisierung, private Schiedsgerichte und so fort.

2. Dann erfolgt der Einstieg in die Litanei. Die Bürger verweisen auf Dis-

Fortsetzung auf Seite 16



RATHAUS TELEGRAMM

MEHR ZUHAUSE FÜR ERLANGEN

BÜRGERENTSCHEID ZUM SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Internetauftritt des Bündnis für Bezahlbares Wohnen: bezahlbares-wohnen-erlangen.de/

Am 7. Mai wird Erlangen darüber entscheiden, ob auf einem Grundstück im Anger 90 geförderte Wohnungen entstehen sollen oder nicht. Die SPD-Fraktion tritt dabei dafür ein, mit einem „Nein“ beim Entscheid den sozialen Wohnungsbau dort zu ermöglichen.

An der Ecke Äußere Brucker Straße/Mainstraße Richtung Süden will die Gewobau mehrere Wohnblöcke mit 34 Wohnungen abreißen und das Grundstück dann neu bebauen. Die abzureißenden Gebäude sind in den 1930er Jahren südlich der historischen Erba-Siedlung gebaut worden. Sie weisen eine so schlechte Bausubstanz auf (u.a. mangelhafte Statik bei Veränderung der Grundrisse, marode Decken und Leitungen, Schimmel, fehlende Zentralheizung) dass sie kaum zu erhalten sind: Eine Sanierung würde bedeuten, dass der Wohnraum zu mindestens 14 Euro pro Quadratmeter oder mehr vermietet werden müsste. Und auch damit könnte z.B. Barrierefreiheit nicht hergestellt werden. Auch eine Aufstockung der bestehenden Gebäude oder ein Ausbau der Dachgeschosse ist kaum möglich, weil

dafür aufwändig die Statik verbessert werden müsste: Auch das würde zu sehr hohen Mieten führen.

Mit dem Neubau könnten dagegen auf dem Grundstück etwa 90 Wohnungen entstehen, die alle barrierefrei wären. Die Mieten der neuen Sozialwohnungen lägen bei etwa 5,50 Euro. Auch die Versiegelung des Grundstücks würde kaum größer: Statt derzeit 20 wären dann 30 Prozent der Fläche überbaut, eine Tiefgarage würde es ermöglichen, bisher als Parkplätze genutzte Flächen zu begrünen. Geplant ist entlang der Äußeren Brucker Straße ein bis zu fünfgeschossiges Wohngebäude (zur Erba-Siedlung hin niedriger), das gleichzeitig Lärmschutz Richtung West schafft. An der Main- und der Johann-Jürgen-Straße würden mehrere drei- und viergeschossige Gebäude entstehen. Angedacht ist auch, in einem der Gebäude eine Kindertagesstätte unterzubringen. Für die SPD ist ein „Nein“ beim Entscheid klar: In der Stadt werden dringend bezahlbare Wohnungen gebraucht. Eine Sanierung mit Mieten von 14 Euro oder mehr würde dies verhindern. ■

Die Projekte der Gewobau: www.fair-wohnen-2022.de/

LANDESGARTENSCHAU 2024 – CHANCE FÜR DIE (ALT)STADT: NEIN BEIM BÜRGERENTSCHEID

Internetauftritt der Allianz Pro LGS: www.pro-lgs.de/

„Landesgartenschau“ - zu diesem Stichwort fällt vielen zunächst einmal eine halbjährige Leistungsschau des Landschafts- und Gartenbaus ein. Das ist aber noch bei weitem nicht alles: In erster Linie sind Gartenschauen ein Strukturförderprogramm, das in jeder ausrichtenden Stadt ein bleibendes Mehr an Lebensqualität hinterlässt. In Erlangen bietet das Projekt „LGS

2024“ die großartige Chance, endlich auf einen Schlag viele Probleme zu lösen, die die Lebensqualität in der Nordstadt schon lange mindern – und zugleich kommende Probleme abzuwehren.

Bereits seit dem Bau der „Arcaden“ leiden die Nordstadt und ihre Einzelhändler darunter, dass sie kaum noch

Infos der Stadt zur Landesgartenschau: www.erlangen.de/landesgartenschau

Der Freundeskreis Landesgartenschau lädt an jedem 4. Donnerstag im Monat um 19 Uhr zum Dialog ins Lesecafé ein

besucht werden – und dabei liegen die „Arcaden“ gerade einmal einen Kilometer südlich. Wenn in den kommenden Jahren eine noch viel weiter gehende Südverlagerung eintritt (weil die Siemens-Verwaltung in den neuen Siemens-Campus zieht, die Philosophische Fakultät dafür in den Himbeerpalast und das Landratsamt hinter die Arcaden), brechen noch zigtausend weitere Laufkunden weg. Für diese Zukunft muss die Altstadt sich fit machen – am besten, indem sie sich auf ihre Wurzeln besinnt und ihre Attraktivität dadurch steigert, dass sie wieder als das erlebbar wird, was sie jahrhundertlang war: ein Stadtteil am Fluss.

Bis in die 1960er Jahre lebten Altstadt und Regnitzgrund in einem organischen Miteinander. Erst danach haben sich A73 und Westparkplatz wie ein grauer Riegel zwischen sie geschoben. Diese Trennung gilt es nun zu überwinden: Mit Fördermitteln, wie sie ohne eine LGS 2024 niemals einzuwerben wären, könnte am heutigen Westparkplatz ein neuer Stadtteil entstehen, der die Innenstadt belebt und sie wieder direkt an den Regnitzgrund heranrückt – inklusive einer Fußgängerbrücke über die

A73. Und aus der Wöhrmühlinsel und den schmalen Grünflächen, die zwischen ihr und dem Autobahndamm liegen, könnte ein neuer grüner Anziehungspunkt werden – einerseits ein vielbesuchtes Naturgebiet, das den wachsenden Freizeitdruck von innerstädtischen Grünflächen und vom Rest des Regnitzgrundes wegnimmt, andererseits in Teilen auch ein renaturiertes Biotop mit flutgerechten Bäumen, Sträuchern, Tümpeln und Obstgärten, wo bislang nur Mähwiesen existieren. Zugleich würde ein solcher Anziehungspunkt die gefühlte Spaltung zwischen Innenstadt und Westertlangen überbrücken.

Die Gegner des Vorhabens unterschlagen dieses Gesamtbild, fokussieren stattdessen auf angebliche Details, die noch längst nicht geplant sind und wollen den Erlanger Bürgerinnen und Bürgern so die Chance nehmen, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten. Der „Freundeskreis Landesgartenschau“ wirbt für diese Vision und wird ab dem 23. Februar eine Reihe von Informationsabenden anbieten, die Befürworter und Gegner dazu einlädt, auf Augenhöhe über Argumente zu sprechen statt über Gerüchte. ■

QUALITÄT STATT KIRCHTURM

ENTWICKLUNG DER TECHNISCHEN FAKULTÄT

Die Diskussion um den Standort der Technischen Fakultät der FAU war in den letzten Wochen sehr von regionalem Kirchturmdenken geprägt, das zeigte, dass viele Akteure relativ wenig Ahnung von der eigentlichen Lage der Fakultät haben. Es geht nicht um eine Auflösung des Südgeländes in Erlangen, sondern um eine Bündelung der bisher insgesamt 28 Standorte der Technischen Fakultät – in Erlangen, Nürnberg und Fürth – auf insgesamt nur noch zwei/drei Standorte.

Die bisherige Zersplitterung führt zu hohem Aufwand führt, um Forschung und Lehre durchzuführen.

Ein *einzig*er Standort scheitert daran, dass das Südgelände schlicht zu klein ist: Die FAU benötigt rund 440.000 Quadratmeter Nutzfläche zusätzlich, und dafür eine Grundfläche von etwa 20 Hektar. Auch unter Ausnutzung aller noch vorhandenen Flächenreserven auf dem Südgelände, die

im Zuge einer Masterplanung geprüft worden sind, sind diese Flächen dort nicht vorhanden.

Für die Standortsuche ist es daher wichtig, dass eine Fläche gefunden wird, die groß genug ist auch in Zukunft wachsen zu können. Dafür wird eine zusammenhängende Fläche von etwa 20 Hektar benötigt. Eine solch große freistehende Fläche ist in Erlangen jedoch kaum zu finden.

Der zweite entscheidende Faktor für die SPD-Stadtratsfraktion ist eine gute Verbindung zwischen den beiden Standorten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Deshalb sollte ein zweiter Standort über die „StUB“ und – wenn in Nürnberg – die Nürnberger Straßenbahn schnell zu erreichen sein. Dabei wird das Südgelände weiterentwickelt. Dort werden Departments der Tech-Fak konzentriert und ebenso ausgebaut wie die Naturwissenschaftliche Fakultät. Dazu kommen noch Forschungsinstitute,

die sich auf dem Südgelände bereits angesiedelt haben bzw. noch ansiedeln wollen. Im Zuge des Masterplans werden Bauflächen für Neubauten geschaffen und viele bestehende Bauten saniert.

Entscheidender für uns als SPD-Fraktion als die Frage, wo genau sich der zweite und eventuell dritte Standort befinden,

ist, dass sich die TechFak erfolgreich weiterentwickeln kann und dadurch die starken Impulse, die von ihr ausgehen, erhalten bleiben und noch stärker werden. Das Gesamtkonstrukt „TechFak“ muss funktionieren – unabhängig davon, im Schatten welchen Kirchturms die künftigen Standorte liegen. ■

INTEGRIERTES KLIMASCHUTZKONZEPT BESCHLOSSEN

Das Konzept im Internet: www.erlangen.de/klimaschutz

Ein weiterer Meilenstein für die Energiewende in Erlangen wurde mit dem Beschluss des Integrierten Klimaschutzkonzepts erbracht. „Sehr viele der konkreten Maßnahmen entsprechen unseren langjährigen Forderungen“, stellt Andreas Richter, Sprecher der SPD-Fraktion für Umwelt und Energie, heraus.

„Hierzu gehören z. B. das Voranbringen der Altbausanierung und die konsequente Ausnutzung des Solarenergiepotentials auf vorhandenen Flächen sowie die Öffentlichkeitsarbeit für beides. Mieterstrommodelle

werden auf den Weg gebracht, damit bei der Photovoltaik auch MieterInnen Geld sparen können“, erläutert Richter.

Deutlich kommt im Konzept auch heraus, dass die Stadtwerke der größte Akteur für Energiewende und Klimaschutz in der Stadt sind. Zusammen mit besonders engagierten Organisationen wie Energiewende ER(H), BUND Naturschutz und natürlich den BürgerInnen müssen wir als Stadt mit den städtischen Töchtern nun die Maßnahmen angehen. ■

BESSERE RADABSTELLMÖGLICHKEITEN FÜR DEN HUGENOTTENPLATZ

Den Antrag der SPD finden Sie hier: www.spd-fraktion-erlangen.de/fahradabstellmoeglichkeiten-im-umfeld-des-hugenottenplatzes/

In unserer Stadt prägen Fahrräder das Stadtbild - und darauf sind wir stolz. Ein beliebtes Ziel in der Innenstadt ist der Hugenottenplatz und die Hugenottenkirche. Dort werden Räder jedoch häufig so abgestellt, dass sie andere Verkehrsteilnehmer behindern. Fußgänger, Menschen im Rollstuhl oder mit Kinderwagen klagen immer wieder darüber, dass wild parkende Räder den Durchgang versperren. Dies ist besonders der Fall um die Hugenottenkirche herum, da hier der Gehsteig nicht breit ist. Will ein Radler sein Fahrrad jedoch ordentlich abstellen, so hat er im Bereich um den Hugenottenplatz nicht viel Möglichkeiten. Es finden sich einfach nicht genügend deutlich gekennzeichnete und mit Anlehnbügel versehene Abstellbereiche. Auch auf einen Antrag der SPD-Fraktion hin hat die Verwaltung nun Vorschläge vorgelegt, wie die Situation verbessert wer-

den kann. Dazu sollen auf dem Hugenottenplatz klar Flächen markiert werden, auf denen kein Fahrrad stehen darf, und die Fahrräder hier dann konsequent entfernt werden. Entlang der Thalia-Buchhandlung, auf der Rückseite des ehemaligen Kaufhofs und vor McDonalds sollen Fahrradabstellbügel installiert werden. Außerdem soll der Weg zur neuen „Toilette für alle“ klar, auch für Sehbehinderte markiert werden. Nachdem der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss dem zugestimmt hat, müssen nun noch die Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Daher kann wahrscheinlich erst 2018 umgestaltet werden. An der Hugenottenkirche soll zunächst abgewartet werden, ob die neuen „Fahrrad-Regeln“ für das Abstellen am Bahnhof eine Entlastung bringen. ■

VEREIDIGUNG DER NEUEN REFERENTIN ANKE STEINERT-NEUWIRTH

In der letzten Stadtratsitzung wurde Anke Steinert-Neuwirth (im Bild mit Oberbürgermeister Florian Janik und ihrem Vorgänger Dieter Rossmeissl) als neue Referentin für Bildung, Jugend und Kultur vereidigt.

Ihr zentrales Ziel ist, bei allen zukünftigen Planungen den Zusammenhang zwischen sozialer wie kultureller Teilhabe, Bildung, Herkunft und sozialem Status in den Blick zu nehmen und entsprechend zu handeln. Dabei ist es ihr wichtig, dass Kunst und Kultur nicht instrumentalisiert werden, sondern ihren Eigenwert erhalten. ■



ERÖFFNUNG TOILETTE FÜR ALLE

SPD-ANTRAG FÜR MEHR BARRIEREFREIHEIT ERFOLGREICH UMGESETZT

Den Antrag der SPD finden Sie hier: www.spd-fraktion-erlangen.de/barrierefreie-toilette-in-der-innenstadt/

Bei Eiseskälte und bester Stimmung wurde am 24.1.2017 die neue „Toilette für alle“ am Hugenottenplatz eröffnet. Dabei erhielt sie auch das Gütesiegel der Stiftung „Leben pur“. „Für alle“ bedeutet, dass neben zwei gewöhnlichen WC-Kabinen auch eine mit besonderer Ausstattung für Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen eingerichtet wurde.

Ungehinderte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben braucht WCs, die nutzbar sind für Menschen, die ihren Rollstuhl aus eigener Kraft nicht verlassen können

und sonst für ihre Versorgung von Begleitpersonen mühsam aus dem Rollstuhl herausgehoben und auf den Boden gelegt werden müssten. Auf dem Boden einer öffentlichen Toilette zu liegen, das stellt eine menschenunwürdige Situation für alle Kinder oder Erwachsenen dar! Daher hat eine „Toilette für alle“ u.a. eine höhenverstellbare Sicherheitsliege und einen Lifter zum Transfer vom Rollstuhl auf die Liege. Wir freuen uns über diesen wichtigen Meilenstein zu mehr Barrierefreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger in Erlangen! ■

FELIZITAS TRAUB-EICHHORN: DIE VERKEHRSEXPERTIN

Die Gymnasiallehrerin Felizitas Traub-Eichhorn ist 62 Jahre alt und wohnt in Büchenbach. Seit den Kommunalwahlen 2002 vertritt sie die SPD im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss als Sprecherin für Verkehr. Ihr bisheriges Engagement galt besonders der Verbesserung des Radverkehrs in Erlangen und der Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrs-

mittel.

Ihr größter politischer Erfolg war der positive Bürgerentscheid zur Stadt-Umland-Bahn im Jahr 2016, für die sie sich seit Beginn ihres politischen Engagements einsetzt. ■



krepanzen zwischen dem „Tun“ und dem „Sagen“ der Partei. Die verschiedenen Einwände werden von politischer Seite gern mit gleichbleibendem Verweis auf juristische Unabwendbarkeiten beantwortet. Sollte die behauptete juristische Alternativlosigkeit nicht klar genug haltbar sein, wird abschließend das launige Bonmot in den Raum geworfen: „Wo zwei Juristen sind, da gibt es drei Meinungen“. Wenn dann noch weiter insistiert wird, wird's schmallippig.

3. „Nie sollst du mich befragen...“ Als völlig ungehörig ist die „Warum“-Frage verpönt. Also die Frage warum die Politik nicht POLITISCH handelt. Sondern Gesetze bei juristischen Spielräumen (zwei Juristen, drei Meinungen...) konsequent zu Gunsten der Großindustrie ausgelegt werden, und gefühlt nie die natur- oder bürgerfreundlichere Variante zum Zug kommt. Hier schweigt „des Sängers Höflichkeit ...“
4. Werden Bürger gar keck, weil sie Unregelmäßigkeiten wie unwahre Antworten, politisches Fehlverhalten

oder Ähnliches nachweisen können, ändert sich das Mantra: „Das kann ich nicht glauben“ oder, hübscher verpackt, „ich habe volles Vertrauen darauf, dass die Regierung rechtskonform handelt“ ist jetzt die Devise. Das Gefühl des „auf den Arm genommen Werdens“, das die Bürger in solchen Fällen überkommt, ist „völlig unverständlich“, denn eine Verhöhnepiegelung der Bürger ist natürlich niemals die Absicht... Das Ende der Diskussion wird signalisiert mit „zu ihrem Einzelfall kann ich nichts sagen, da war ich nicht dabei ...“

5. Selbst so weitreichende und unkalulierbare Abkommen wie CETA und ähnliche Verträge werden gegen alle Einwände von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und anderer fachkundiger Gremien einfach durchgewunken. Gern mit Hinweis auf Fraktions-, Koalitionswänge oder den Einwurf, dass die Sache jetzt schon „ausverhandelt“ wäre und das „Paket nicht noch einmal aufgeschnürt“ werden dürfe. Diese Floskeln sollen sogar noch glaubwürdig sein, wenn nachweis-

lich durch diese Verträge Rechtsdilemmata entstehen. (siehe Causa Hamburg-Moorburg, wo eine wasserrechtliche Genehmigung erteilt wurde, um eine Milliardenklage von Vattenfall vor einem privaten Schiedsgericht abzuwenden, und Hamburg nun mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen europäisches Wasserrecht konfrontiert ist.) Angeblich droht uns sonst der Rückfall in „finsterste Nationalstaaterei“.

Wenn ich nun diese „Mantras“ meditativ auf mich wirken lasse, dann spüre ich stark wie mir Wut zu Kopf steigt und Angst in den Bauch kriecht. Eine ungute Mischung, die die unangenehme Eigenschaft hat, Personen zu unberechenbaren politischen Wirrläufern zu mutieren.

So, und jetzt bringe ich doch noch Ritter Schulz „ins Spiel“. Ich hoffe für uns alle inständig, dass ihm das schier Unmögliche gelingen möge: Die Woge der Hoffnung, die er initiiert hat, auch zu reiten. Damit nicht „marktliberale“ Beharrungskräfte die Welle vorzeitig brechen, denn dann könnte es recht ungemütlich werden.

Positionierung zu atypischer und prekärer Beschäftigung

Atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitet. Zu den sog. atypischen Beschäftigungsverhältnissen zählen unterschiedliche Arten von Beschäftigungsverhältnissen, die sich allesamt vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis – als unbefristetes, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis (ab 21 Wochenstunden, außerhalb der Leiharbeit) – unterscheiden. Zur atypischen Beschäftigung zählen die Teilzeitbeschäftigung (bis zu 20 Wochenstunden), die Leiharbeit, die geringfügige Beschäftigung und die befris-

tete Beschäftigung.

Die atypische Beschäftigung wurde durch die sogenannte Hartz-Reformen befördert, hier besonders die geringfügige Beschäftigung und die Leiharbeit. Seit einigen Jahren existiert ein stabiler Bereich atypischer Beschäftigung neben dem Normalarbeitsverhältnis. 2015 betrug der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen 69 Prozent (gemessen an allen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Freiwilligendienst befinden); der Anteil der Erwerbstätigen in atypischer Beschäftigung 21 Prozent. Rund 25 Mio. Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis standen rund 7,5 Mio. Erwerbstätige in atypischer Beschäftigung gegenüber.

Die atypische Beschäftigung hat in vielen Fällen negative Folgen für die so-

■ Von Gerhard Carl

Unter Verwendung verschiedener Texte insbesondere des paritätischen Wohlfahrtsverbands

ziale Absicherung der Beschäftigten. Hier sind an erster Stelle Probleme in der Rentenversicherung wegen niedriger Rentenansprüche und drohender Altersarmut zu nennen. Einen vollen Versicherungsschutz in der Krankenversicherung genießen unter den atypisch Beschäftigten nur solche in der Leiharbeit, in Teilzeitbeschäftigung und in befristeten Beschäftigungsverhältnissen. In der Arbeitslosenversicherung erhalten befristet Beschäftigte, die weniger als zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, trotz eingezahlter Beiträge keinen Anspruch auf Arbeitslosen-

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Mai 2017

21. April 2017

geld. Vollständig ausgenommen von der Arbeitslosenversicherung sind zudem ausschließlich geringfügige beschäftigte Arbeitnehmer/-innen.

Im aktuellen Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung wird zusammenfassend festgestellt: Bei sämtlichen Formen atypischer Beschäftigung ist von einem „Einsperreffekt“ auszugehen, d.h. die atypische Beschäftigung erhöht zum einen das Arbeitslosigkeitsrisiko und verringert zum anderen die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt zu sein. Atypische Beschäftigung ist keine Brücke in ein Normalarbeitsverhältnis. Für die allermeisten atypisch Beschäftigten ist ein Aufstieg in besser bezahlte und gesichere Beschäftigungsverhältnisse verschlossen.

Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sollen umfassender als bisher in die Sozialversicherung einbezogen werden. Heute haben geringfügig Beschäftigte nahezu keine Absicherung in der Sozialversicherung.

Zeitarbeit

Zeitarbeit soll auf ihre Kernfunktion zurückgeführt werden, die darin besteht, Auftragspitzen und Arbeitsausfälle in den Unternehmen abzufangen. Das Prinzip „Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen bei gleicher Arbeit“ soll ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gesetzlich festgeschrieben werden (Equal-Pay-Prinzip).

Die bestehende Praxis ungleicher Arbeitsbedingungen und geringerer Entlohnung geht zulasten der Leiharbeiter/-innen und soll beendet werden. Die im Zuge des aktuellen

Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze getroffenen Regelungen zur Verankerung des Equal-Pay-Grundsatzes ab 9 Monaten (bzw. 15 Monaten, wenn abweichende Regelungen über einen Branchentarifvertrag getroffen werden), greifen für die meisten Leiharbeiter/-innen ins Leere; denn über die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse endet innerhalb von nur drei Monaten. Das Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zur Höchstüberlassungsdauer ist wenig wirksam, weil sie arbeitsplatzbezogen ist und es Unternehmen insofern erlaubt, Leiharbeit auf ein und demselben Dauerarbeitsplatz zeitlich unbegrenzt einzusetzen, indem Leiharbeiter regelmäßig ausgetauscht werden (sog. „Drehtüreffekt“).

Solo-Selbständige sozial absichern

Solo-Selbständige sollen in stärkerem Umfang als bisher in die Sozialversicherung einbezogen werden. In der gesetzlichen Rentenversicherung soll die Pflichtversicherung auf Solo-Selbständige ausgedehnt werden. Mit einer durchgängigen Pflichtversicherung von Solo-Selbständigen in der Rentenversicherung soll die soziale Absicherung im Alter verbessert werden. Es soll damit drohender Altersarmut und der Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgebeugt werden.

In der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Existenzgründer soll die im Zuge des Beschäftigungschancengesetzes (2010) vorgenommene massive Beitragssatzerhöhung rückgängig gemacht werden, um den seit mehreren Jahren

fortschreitenden Rückzug von Solo-Selbständigen aus der Arbeitslosenversicherung einzudämmen.

In der Gesetzlichen Krankenversicherung soll bei Solo-Selbständigen zukünftig das reale Erwerbseinkommen und nicht wie bisher ein fiktiv angenommenes Mindesteinkommen zur Beitragsbemessung herangezogen werden. Solo-Selbständige sollen den Anspruch haben, sich freiwillig in der Gesetzlichen Krankenversicherung versichern zu lassen.

Sachgrundlose Befristung

Die sachgrundlose Befristung soll abgeschafft werden. Die sachgrundlose Befristung ist im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) geregelt.

In den letzten Jahren ist jedoch der Anteil befristeter Einstellungen bei den Neueinstellungen erheblich gestiegen. Erfolgt 2001 32 Prozent aller Neueinstellungen befristet, waren es 2013 immerhin 42 Prozent (ohne Ausbildungsverhältnisse); davon entfällt fast die Hälfte auf die sachgrundlose Befristung. Ein unsicherer Jobeinstieg wird immer mehr zur Regel.

Aus Sicht der Arbeitnehmer/-innen ist die Befristung mit gravierenden Nachteilen verbunden. Dazu zählen insbesondere die mit der größeren Arbeitsplatzunsicherheit verbundenen unsicheren Zukunftsperspektiven für die eigene Lebensplanung. Der Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung stellt fest, dass befristete Beschäftigung mit signifikant negativen Effekten bei der Arbeitszufriedenheit einhergeht. Ergebnisse von Langzeitstudien deuten zudem auf negative Effekte für die psychische Gesundheit hin.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere nächste Distriktsversammlung findet statt am

**Mittwoch, 5. April, 19 Uhr,
Angerwirt**

Themen:

- Bürgerentscheid „Bezahlbares Wohnen“

- Bürgerentscheid: „Pro Landesgartenschau“. Referent: Clemens Heydenreich vom Freundeskreis Landesgartenschau
- Koordination Aktionen, z.B. Verteilung von Flyern, Mitarbeit an den Infoständen

Für den Vorstand

Martin Müller

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:

Martin Müller

Telefon: 09131-8146092

Mobil: 0176-70156584

martin.juergen.mueller@

googlemail.com

■ **Distrikt Dechsendorf**

Vorsitzende:

Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

Protokoll Jahreshauptversammlung vom 15. März

Nach der Begrüßung der Mitglieder durch die SPD-Distriktvorsitzende Heike Fischer wird der vorgeschlagenen Tagesordnung einstimmig zugestimmt. Die Einladung zur Jahreshauptversammlung erfolgte form- und fristgerecht.

Wahl der Versammlungsleitung

Heike Fischer (einstimmig)

Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Die Wahlleitung übernimmt Heike Fischer.

Rechenschaftsberichte

Heike berichtet über die Aktivitäten des Distrikts im Jahr 2016: Der Distrikt engagierte sich für den Bürgerentscheid StUB (6. März 2016). Es wurden Flyer an alle Haushalte im Stadtteil Dechsendorf verteilt und eine öffentliche Informationsveranstaltung mit OB Dr. Florian Janik im Sportheim organisiert.

Die Distriktsversammlungen fanden regelmäßig über Themen aus dem Stadt- und Ortsbeirat statt. Die Mitgliederzahl beträgt aktuell 18 Mitglieder. Wichtiges Ziel für die nächsten Jahre ist, die Mitgliederzahl zu erhöhen und vor allem jüngere BürgerInnen für die SPD zu gewinnen, denn die Jugend ist die Zukunft. Einen Schritt in diese Richtung ist dem SPD-Distrikt Dechsendorf mit der Wahl von Tanja Amon als Distriktvorsitzende gelungen.

Der Kassenbericht erfolgt durch Renate Paxton. In den letzten zwei Jahren gab es keine Ausgaben, so dass als Guthaben ein Betrag in Höhe von 197,84 Euro ausgewiesen werden kann.

Der Revisionsbericht erfolgt durch Karl-Heinz Gräber. Das Kassenbuch wurde geprüft und die ordnungsgemäße und sorgfältige Buchführung bestätigt.

Entlastung des Vorstandes

Auf Antrag von Ursula Lanig wird der Vorstand einstimmig entlastet.

Wahl des Vorstandes:

- Vorsitzende: Tanja Amon wird einstimmig gewählt
- Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Carl wird einstimmig gewählt.
- KassiererIn: Renate Paxton wird einstimmig gewählt.
- Schriftführung: Gerhard Carl wird ein-

stimmig gewählt.

- Revisoren: Norbert Fischer und Karl-Heinz Gräber werden einstimmig gewählt.

Alle gewählten Mitglieder im Vorstand sind mit ihrer Wahl einverstanden.

- Vertreter im Kreisvorstand: Ursula Lanig und Gerhard Carl werden einstimmig vorgeschlagen.
- Wahl eines Mitglieds als Ansprechpartner des Unterbezirks für den Bundestagswahlkampf 2017: Gerhard Carl wird einstimmig gewählt.

Verschiedenes

Ortsbeiratsmitglied Norbert Fischer berichtet über die letzte Ortsbeiratssitzung am 7. März 2017. Aufgrund der unbefriedigenden Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil Dechsendorf will der Ortsbeirat einen „Bürgerbus“ zum Heßdorfer Gewerbegebiet einrichten. Eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Heßdorf soll das Projekt ermöglichen. Die Gemeinde Heßdorf würde das Fahrzeug für Dechsendorf als Einkaufsbus vorerst kostenlos zur Verfügung stellen. Es haben sich während der Ortsbeiratssitzung drei anwesende Bürger bereit erklärt, ehrenamtlich als Fahrer zur Verfügung zu stehen. Kurzfristig soll eine Besprechung mit den ehrenamtlichen Fahrern stattfinden, in der die Termine und Fahrtrouren festgelegt werden sollen. Angedacht ist, den gesamten Stadtteil Dechsendorf abzudecken.

Tanja Amon erläutert das zukünftige Schulmodell „Flexible Grundschule“ an der Grundschule Dechsendorf. Ab Schuljahr 2017/18 werden in drei „gemischten“ Klassen Erst- und Zweitklässler gemeinsam unterrichtet. Die Kinder können die ersten beiden Jahrgangsstufen in einem, in zwei oder in drei Jahren durchlaufen. Die Grundschule soll mit einer flexibel organisierten Eingangsstufe jedem einzelnen Kind noch besser gerecht werden. Hier soll jedes Kind genau die Zeit bekommen, die es braucht, um sich die elementaren Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen anzueignen. Das bietet ein solides Fundament für den weiteren schulischen Weg.

Was kennzeichnet die Flex?

- Jahrgangsgemischte Klassen
- Anknüpfung an vorschulische Bildung und Erziehung
- Erhebung der individuellen Lernausgangslage
- Individualisierende Lernangebote
- verschiedene Formen der Leistungserhebung

- Flexible Verweildauer
 - Erziehungspartnerschaft und Gestaltung der Übergänge
 - Entwicklung von Selbstständigkeit, Selbstorganisation und Verantwortlichkeit
 - Entwicklung von sozialer und emotionaler Kompetenz
- Ursula Lanig schlägt vor, zu den bei-

den Bürgerentscheiden Landesgartenschau und GEWOBAU-Projekt in der Johann-Jürgen-Straße eine öffentliche Informationsveranstaltung mit OB Dr. Florian Janik im Stadtteil Dechsendorf (Sportheim) durchzuführen. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Gerhard Carl

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 19. April,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

**Distriktsversammlung
am 11. April, 19 Uhr,
Olive**

Unsere darauffolgende Distriktsversammlung findet am 9. Mai statt.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsversammlung vom 14. März

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend einstimmig beschlossen

2. Aktuelles

- Der Ortsbeirat Frauenaaurach hat beschlossen, dass der Gemeinschaftsraum im Gemeindezentrum für Hortplätze umgebaut werden soll. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die bestehenden Vereine eine vernünftige Alternative erhalten. Sitzung war gut besucht sowohl von Vereinen als auch von den Eltern und interessierten Bürgern. Außerdem soll eine langfristige Lösung gesucht werden, so dass der Gemeinschaftsraum mittelfristig wieder zur

allgemeinen Nutzung zur Verfügung steht.

- Der „LKW-Parkplatz“ am Bolzplatz soll innerhalb der nächsten Monate umgestaltet werden, so dass dort nur noch PKW parken können. Das Tiefbauamt wird dies übernehmen.
- In Kriegenbrunn hat sich eine Arbeitsgruppe zum Bürgerhaus gebildet, damit sich die Wünsche der Bürger und Vereine in der Planung wiederfinden. Die AG trifft sich regelmäßig alle zwei bis vier Wochen, auch mit Vertretern der Stadt, der GewoBau und den Architekten.
- Im Landgasthof Krone in Hüttendorf findet am 24. März ein 6-Gänge Benefizessen statt. Dort wird für das Projekt „Pausenträume“ der Grundschule Frauenaaurach gesammelt.

3. Wahl der Versammlungsleitung

Zur Versammlungsleitung wird Jens Schäfer einstimmig gewählt.

4. Bericht des Distriktvorstands

Insgesamt 10 Sitzungen seit der letzten JHV im April (inkl. dieser): 10. Mai, 14. Juni, 12. Juli, 6. September, 11. Oktober, 8. November, 13. Dezember, 17. Januar, 14. Februar und 14. März,

Zwei „Aktionen“ die der Distrikt organisiert hat, haben stattgefunden:

- 17. September „Auf die Plätze“
- 22. Oktober: Erste Bürgersprechstunde zu „Verkehr und mehr“

Die Protokolle zu den Veranstaltungen sind den jeweiligen Monatsspiegeln zu entnehmen.

■ Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Eine weitere Bürgersprechstunde zur Kinderbetreuung war für März geplant, wurde aber aufgrund der unklaren Hortsituation in Frauenaarach kurzfristig abgesagt.

Insgesamt hat der Distrikt 7 Haushaltsanträge für das Jahr 2017 gestellt.

Neue Distriktsgrenzen: Die Distriktsgrenzen wurden in der Sitzung des Kreisvorstandes am 9. Februar mit sofortiger Wirkung an die Grenzen der Stadtteil- bzw. Ortsbeiratsgrenzen angepasst. Die Mitglieder aus Schallershof gehören damit nun zum Distrikt West und sind in den Frauenaaracher Sitzungen nicht mehr stimmberechtigt.

5. Bericht des Kassiers

Es wird der Bericht des Kassiers verlesen.

6. Bericht der Revisoren

Am 13. Januar wurde die Kasse geprüft. Der Kassier hat das sehr vorbildlich gemacht, die Prüfung ging somit sehr schnell. Es gibt keine Mängel an der Kassenprüfung.

7. Aussprache

Liz Rossiter regt an, dass die Kontoführungsgebühren sehr hoch sind. Walter Fellermeier schlägt vor, bei der Bank anzufragen, ob die Kontoführungsgebühren erlassen werden können, oder aber ob man auf eine Online-Konto wechseln kann.

8. Entlastung des Vorstands

Die Entlastung des Vorstandes wird beantragt und einstimmig angenommen.

9. Neuwahlen

- a. Vorsitzende/r: Vorschlag: Jens Schäfer, Wahlergebnis: Einstimmig
- b. Zwei Stellvertreter/innen: Vorschlag: Liz Rossiter und Stefan Greim, Wahlergebnis: Beide einstimmig
- c. Kassier/erin: Vorschlag: Hartmut Wiechert, Wahlergebnis: Einstimmig
- d. Ein Vertreter und eine Vertreterin für den Kreisvorstand: Vorschlag: Jens Schäfer, Liz Rossiter, Wahlergebnis: Einstimmig
- e. Zwei Revisoren/innen: Vorschlag: Walter Fellermeier, Günter Rupprecht, Wahlergebnis: Einstimmig

10. Jahresplanung

- Themen: Es wird eine Veranstaltung zu den Bürgerentscheiden voraussichtlich im April geben. Außerdem soll es noch zwei Bürgersprechstunden in diesem Jahr geben: Eine zur Bundestagswahl und eine mit noch unbekanntem Thema.
- Termine: Sitzungen jeden zweiten Dienstag im Monat.

11. Verschiedenes

Verschiedene Themen

Jens Schäfer

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 4. April, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts bis Sommer 2017: 9. Mai, 13. Juni und 11. Juli jeweils 20 Uhr, Nebenraum Kulisse.

Solidarische Grüße
Monika

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Liebe Genoss_innen,
unsere nächste Sitzung ist am

11. April, 19:30 Uhr, Waldschänke (Lange Zeile 104)

Wir werden uns mit der Rentenversorgung in Deutschland beschäftigen und

das deutsche Rentensystem mit dem österreichischen vergleichen. Zudem wollen wir über die anstehenden Urwahl des bzw. der Vorsitzenden der BayernSPD diskutieren.

Solidarische Grüße
Munib

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Mittwoch, 26. April, 20 Uhr, Bürgertreff Röthel- heim, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Bericht des Distriktsvorstands
4. Bericht des Kassiers und der Revisoren sowie Aussprache
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von
 - VorsitzendeR
 - stellv. VorsitzendeR
 - KassierIn
 - RevisorInnen
7. Nominierung der DistriktsvertreterInnen im Kreisvorstand
8. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

Protokoll zur Distriktsversammlung vom 9. März

Ad 1: Stadtteilbeiräte

Der letzten Ausgabe des Monatsspiegels hatten wir für unseren Distrikt einen diesbezüglichen Aufruf beigefügt,

um auch bei mäßig aktiven Parteimitgliedern Interesse für dieses Thema zu wecken.

Mit KandidatInnen sind wir derzeit im Gespräch; es besteht aber Einigkeit dahingehend, dass bei Nicht-Mitgliedern ein enger Informationsaustausch mit dem Distrikt erwartet wird, wie z.B. auch die nicht nur sporadische Teilnahme an unseren Distriktsmeetings etc.

Ad 2: Jahreshauptversammlung

Diese ist vorgesehen für unser nächstes Treffen am 26. April im Bürgertreff Röthelheim.

Ad 3: Verschiedenes

- Am 7. Mai sind in Erlangen gleich zwei Bürgerentscheide zu den Themen „Landesgartenschau“ sowie „Wohnbebauung im Anger“ angesetzt. In diesem Zusammenhang beteiligen wir uns selbstredend an der Verteilung diesbezüglicher Flyer, wobei unsere Personaldecke (auch krankheitsbedingt) momentan recht dünn ist. Vorgesehen ist auch eine Veranstaltung zum Thema, mutmaßlich im Easthouse („Treffpunkt Röthelheimpark“).
- Im April des Jahres beginnen gem. Mitteilung der GBW an die betroffenen Mieter im sogenannten „Wohnquartier Paul-Gossen-Straße“ (d.h. zwischen Nürnberger und Paul-Gossen-Straße, südlich der Stinzingstraße) die Bauarbeiten zur Erschließung neuen Wohnungsraums. Die aktuelle Planung sowie auch alternative Lösungen wurden vorgestellt und nochmals diskutiert.

Thomas Klosner

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 11. April, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Diskussion zur LGS mit Frank Höppel
- 3) Sitzung des Ortsbeirats
- 4) Aktionen zu den Bürgerentscheiden
- 5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:

Distriktsversammlungen am 9. Mai und 20. Juni.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 14. März

Allgemeines

Der Zugang zu einem öffentlichen Grundstück am Bach, das sich im Besitz

Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

der Stadtwerke befindet, wurde ohne Rücksprache mit den Bürgern von den Stadtwerken mit einem Tor abgesperrt. Es gab mehrfachen Bürgerprotest, der auf der nächsten OBR-Sitzung thematisiert werden soll.

Rückblick auf die Bürgerversammlung

Die Silberlinde, die auf dem Spielplatz am Rotkappenweg etwas störend gepflanzt wurde, wurde in der Zwischenzeit von Stadtgrün an den Rand des Platzes gesetzt.

Jahreshauptversammlung

Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend

Bericht des Vorsitzenden

Rolf fasste die Ereignisse des letzten Jahres in seinem Bericht zusammen. Der Distrikt hat aktuell 30 Mitglieder, einer weniger als zum Beginn von 2016. Es gab einen Wegzug, einen Zuzug, einen Eintritt. Leider mussten wir im letzten Jahr den Tod von zwei Mitgliedern betrauern:

- Werner Thiele
- Günther Krahl

Es fanden 11 Distriktversammlungen statt – meistens mit besonderen Themen. 2015 wurde zwei Ausgaben des Tennenloher Boten veröffentlicht, 2016 waren es wieder drei Ausgaben.

Bericht des Kassiers

Gert stellt den Kassenbericht vor. In 2016 überstiegen die Ausgaben die Einnahme geringfügig. Gert fasst die Situation mit den Worten zusammen, „dass der Distrikt von der Hand in den Mund lebt“. Ausgaben und Einnahmen stehen in einem guten Verhältnis, größere Sonderausgaben für den Wahlkampf sind aber ohne Unterstützung der Erlanger SPD kaum möglich.

Bericht der Revisoren und Entlastung von Kasse und Vorstand

Irina bestätigt, auch im Namen von Heidrun, die entschuldigt ist, dass die Kasse geprüft und die Kassenführung als fehlerfrei und vorbildlich gefunden wurde. Anschließend wurde die Kasse mit neun Zustimmungen bei einer Enthaltung und der Vorstand mit sieben Zustimmungen bei drei Enthaltungen entlastet.

Neuwahlen

Der Wahlvorgang wurde von Wilhelm Horn geleitet. Anfangs dankte er dem

alten Vorstand für die geleistete Antwort. Anschließend fanden die Neuwahlen statt. Der alte Vorstand stellte sich wieder für die jeweiligen Posten zur Verfügung. Weitere Wahlvorschläge gab es nicht. Gewählt wurden:

- Vorsitzender: Rolf Schowalter mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Stellvertretende Vorsitzende: Gertrud Reich-Schowalter mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Beisitzer: Ulla Schnapper, Fritz Seide, Wilhelm Horn jeweils mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Kassier: Gert Büttner mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Schriftführer Hans Hauer mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Stellvertretende Schriftführerin Ulla Schnapper mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Revisoren: Irina Seide, Adolf Most jeweils mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung
- Als Vertreter des Distrikts in den Kreisvorstand wurden erneut Gertrud Reich-Schowalter und Ulla Schnapper bestimmt.

Alle Gewählten nehmen die Ämter für zwei Jahre an.

Ausklang

Der Distrikt diskutiert über die Aschermittwoch-Veranstaltung der SPD in Vilschofen. Unser Kanzlerkandidat Martin Schulz hat eine fulminante Rede gehalten, die die Aufbruchsstimmung in der Partei zeigte. Ähnlich mitreißend wurde auch der Auftritt des österreichischen Bundeskanzler Christian Kern empfunden. Es folgte eine lebhaft Diskussion „zur Lage der Nation“.

Hans Hauer

Tätigkeitsbericht des Vorstandes (JHV am 14. März)

1. Distriktsitzungen

Insgesamt 11; besondere Themen:

- Mai: Bedeutung des Islam (mit Mehmet Sapmaz, Idris Siddiqui, Abdelilah El Badi).
- Juni: Dr. Wolfgang Schwerna: „Das Kapital des 21. Jahrhunderts“ (Thomas Piketty)
- Juni: Bericht von Andreas Richter über die Arbeit der Fraktion
- Oktober: Diskussion über Wohnungs-

bau, Nachverdichtung, Planungen zur Landesgartenschau mit Philipp Dees.

- Februar: Auseinandersetzung mit den Argumenten zu den Bürgerentscheiden

2. Bürgersprechstunde mit Martina Stamm-Fibich

Fand im Oktober statt

3. Geselliges:

- August: Dreitägige Exkursion ins Kocher- und Jagsttal (Organisation von Ursula Schnapper): Schwäbisch Hall, Kloster Schönthal, Langenburg mit

Besichtigungen, Führungen, Wanderungen, Besuch einer Freilichttheateraufführung.

- November: Gansessen mit 34 Personen.

4. Schaukasten

Gebühren werden rückwirkend anerkannt und bezahlt.

5. Homepage

Wurde auf Vordermann gebracht.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im April gibt es keine Distriktsversammlung. Die zeitlichen Spielräume sind wegen des späten Osterfestes und der zugehörigen Ferien begrenzt. Außerdem waren wir im März besonders „fleißig“, wir trafen uns zwei Mal.

Zunächst gab es einen sehr interessanten Abend mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich (22 Anwesende). Im Mittelpunkt stand ihr Hauptthema „Gesundheitspolitik“. Viele von uns waren beeindruckt von ihrem breiten Wissen und der Beschreibung der unterschiedlichen Sichtweisen/Interessen in diesem politischen Bereich.

Zur Jahreshauptversammlung eine Woche später kamen 14 Genossinnen und Genossen.

Gerd Peters berichtete über das zurück liegende Jahr. Die Mitgliederzahl bis zur Jahreshauptversammlung schrumpfte ein wenig auf 122 (-2). Insbesondere verzogen mehr Genossinnen und Genossen, als Zuwanderer und Neueintritte (positiver Schulz-Effekt: 4 neue Mitglieder).

Die durchschnittliche Besucherzahl bei unseren Treffen lag bei 14, wobei das Spektrum eher breiter wurde (zwischen 8 und 23 Anwesende). Der Frauenanteil nahm zu, es gab auch Treffen mit Frauenmehrheit.

Finanzen: Besondere Ausgaben gab es nicht. Ein „Westbote“ erschien nicht, ist aber für bald geplant. Daraus resultiert eine Rücklage, die für mehr als eine Ausgabe ausreicht. Die prüfenden Revisoren stellten keinerlei Mängel in der Kassenführung fest.

Neuwahl des Vorstandes: der alte Vorstand wurde fast vollständig wieder gewählt, ein wenig Verjüngung gab es zudem auch. Im einzelnen besteht der Vorstand aus folgenden Genossen und Genossen: Gerd Peters (Vorsitzender), Lena Zoglauer (stellvertretende Vorsitzende, Vertreterin im Kreisvorstand), Philipp Dees (Kassierer), Tobias Körber, Walter Lang, Lisa Rettelbach, Helga Steeger, Felizitas Traub-Eichhorn (alle Beisitzer); Tobias Körber zusätzlich Vertreter im Kreisvorstand.

Anschließend ging es um die Aufgaben im Zusammenhang mit den bevorstehenden Bürgerentscheiden. Der Distrikt geht davon aus, dass Aufbau und Pflege der Plakate durch den Distrikt ohne Außenhilfe unter Federführung von Norbert Schulz realisiert werden. Die Hausverteilung mit Informationsmaterial ist für die Woche nach Ostern geplant.

Über mögliche Kandidaten für die neu entstehenden Ortsbeiräte in Büchenbach und Alterlangen wurde gesprochen (zusätzlich zum bestehenden Ortsbeirat Kosbach, Häusling und Steudach). Akut realisiert werden diese voraussichtlich im dritten und vierten Quartal dieses Jahres. Der Bereich Schallershof, der bisher zu Frauenaarach gehörte, gehört im Gefolge der Stadtratsentscheidung und der anschließenden Beschlussfassung des Kreisverbandes ab sofort zu unserem Distrikt West, was sicherlich sinnvoll ist.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.Wiechert@t-online.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 8. März

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert.

Die Tagesordnung wird genehmigt

2. Aktuelles

Bericht über die am gleichen Tag stattgefundene Veranstaltung des Seniorenamtes mit dem Referat von Prof. Dr. Frieder Lang von der FAU.

3. Wahl einer Versammlungsleitung

Entfällt, da nur 5 Leute anwesend sind.

4. Rechenschaftsbericht

Auf den Vortrag des Rechenschaftsberichts wird einstimmig verzichtet, da alles detailliert im Monatsspiegel abgedruckt ist.

5. Entlastung des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig, mit dem Dank für die geleistete Arbeit, entlastet.

6. Neuwahlen

- Erster Vorsitzender, wie bisher, Hartmut Wiechert (einstimmig),
- Zweiter Vorsitzender, wie bisher, Helmut Aichele (einstimmig)
- Protokollführung wird in jeder Sitzung erneut bestimmt.
- Vertreter im GKV: Hartmut Wiechert (einstimmig)
- Vertreter im KV: Hartmut Wiechert, Helmut Aichele (beide einstimmig)

7. Arbeitsplanung 2017

- a) AG 60plus aus Jena wird Anfang September nach Erlangen kommen.

Schwerpunkt des Besuchs wird die Besichtigung des Siemens-Gerätewerks sein, hierzu wird M. Symanek, als ehemaliger Mitarbeiter, zur Organisation gebeten.

- b) Besuch des Dokuzentrums in Nürnberg. Vorschlag auf die teurere private Führung (120 Euro) zu verzichten, stattdessen dort Audioguides ausleihen.
- c) Besuch auf der Bergkirchweih, zusammen mit der IG Metall.
- d) Kleine Wanderung, eventuell zum Dechsendorfer Weiher
- e) Fortsetzung der erfolgreichen Filmreihe. Als nächstes am 28. März, 15 Uhr „Damen und Herren ab 60 gesucht“.
- f) Unterstützung des Kreisverbands bei den Bürgerbegehren am 7. Mai, keine eigene Veranstaltung.
- g) Tatkräftige Unterstützung beim Bundestagswahlkampf im September 2017.
- h) Pflegeversicherung
- i) Altersarmut
- j) Wohnen im Alter

8. Verschiedenes

Wunsch von Manfred Kirscher, dass die Friedensbewegung mehr politisiert werden soll. Das Thema wird in der Partei, nach seiner Meinung, zu wenig diskutiert. Manfred Kirscher wird gebeten, dieses Thema auszuarbeiten, vor allem seine Erfahrungen im Ausland darzulegen.

Nächste Sitzung des Unterbezirks 60plus: 22. April, 15 Uhr

Nächste Sitzung des Kreisverbands 60plus: 10. Mai, 19 Uhr, August-Bebel-Haus

Inge Aichele (Protokollführerin)

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos,

Unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt:

- Dienstag, 4. April: Nachbesprechung zum Film „Der junge Marx“, Thema „Arbeit 4.0“
- Dienstag, 25. April: Thema „Abtreibung“

Wir treffen uns jeweils um 19:30 Uhr im

August-Bebel-Haus (Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz). Genauere Informationen sowie mögliche Terminänderungen werden vorher auf der Homepage (www.jusos-erlangen.de) bekannt gegeben.

Rote Grüße

Munib